Die Lektüre einer ganz normalen Tageszeitung verlangt immer häufiger extremes Durchhaltevermögen, ja sogar eine geradezu übernatürliche psychische Stabilität. Wer sich nicht etwa schon nach zwei oder drei Artikeln verzweifelt an den Kopf fasst oder aus Resignation die Lektüre einstellt – was immerhin verständlich wäre und für eine normal ausgebildete Sensibilität spricht – dem wird eine Menge abverlangt.
Oder: Was einem kritischen Zeitungsleser so durch den Kopf geht, wenn er seine Tageszeitung durchblättert. Eine Beobachtung von Joke Frerichs.

Nehmen wir als Beispiel den „Kölner Stadtanzeiger“ vom 25.10.2006. Da erfahren wir im Wirtschaftsteil auf Seite 10, wie der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, Mathias Döpfner und seine drei Vorstandskollegen zu neuen Spitzenverdienern der deutschen Wirtschaft mutieren.
Die feinen Herren (es sind wirklich überaus feine, vornehme Herren!), verdienten im Jahr 2005 gemeinsam 13,4 Millionen Euro (im Jahr davor 19,2 Millionen). Nach dem Einstieg des US-Finanzinvestors Hellman & Friedman (H&F), der mit 19,4 % am Konzern beteiligt ist, wuchs der Reiz für die Chefetage, den Konzern rigoros auf Rendite zu trimmen. Denn je höher der Aktienkurs klettert, desto mehr sind auch die Aktienoptionen wert, die der Finanzinvestor bei seinem Einstieg für das Management springen ließ, so heißt es in dem Artikel. Weiter heißt es: „Döpfner & Co. brachten das zuvor schlingernde Unternehmen in wenigen Jahren wieder auf Kurs. Fast 4000 der 14 000 Stellen wurden seit 2002 gekappt. Heute erzielt das größte Zeitungshaus Europas wieder Rekordgewinne. Doch die Radikalkur geht weiter. Bis 2009 sollen nochmals 421 Jobs wegfallen oder in Unternehmen mit niedrigeren Löhnen und längerer Arbeitszeit ausgelagert werden.“
Die Gewerkschaft sei empört, erfahren wir weiter. Es gehöre sich nicht, Beschäftigte und ihre Familien in die Arbeitslosigkeit zu schicken. (Aber wer, möchte man spontan einwenden, soll die Herren an ihrem Vorhaben hindern, wenn nicht die angeblich so mächtigen Gewerkschaften selbst?).
Es geht noch weiter. Wir erfahren, dass seit dem Einstieg von H&F der Aktienkurs von 54 Euro auf zuletzt 120 Euro gestiegen ist. Der Verkauf auch nur des halben Aktienpakets brächte H&F derzeit rund 400 Millionen Euro. Aber auch Döpfner & Co. gehen natürlich nicht leer aus. Im April 2004 hatte die Hauptversammlung beschlossen, dass der Vorstand 62.300 Aktien zum Vorzugspreis erwerben kann und dazu noch eine Option zum Kauf weiterer 498. 400 Papiere zum gleichen Preis von 54 Euro plus 2 % Zinsen bis 2011. Sobald H&F mehr als die Hälfte seines Anteils verkauft, können die Springer-Chefs ihre Aktien und Optionen ebenfalls versilbern. Nach derzeitigem Kurs würden Döpfner & Co. dafür mehr als 30 Millionen Euro erhalten. (Ich gebe zu, dass es der reine Neid-Komplex ist, der mich dazu treibt, mich über derartige Machenschaften zu empören. Wie gern hätte ich die 30 Millionen, die ich im Lotto doch nie gewinne, obwohl ich beim letzten Jackpot schon im

Voraus überlegt hatte, mit wem ich den fetten Gewinn teilen würde).

Unter der Überschrift „Moral spielt keine Rolle“ findet sich dann auf der Kulturseite (24) ein Interview mit dem Berliner Politikwissenschaftler Dieter Rucht über das Selbstverständnis von Managern. Hintergrund ist eine empirische Studie zur gesellschaftlichen Verantwortung deutscher Wirtschaftseliten. Zur Moral von Managern heißt es dort: Moral ist etwas, was man sich vielleicht privat leisten kann, im Umgang mit der Familie oder auch mit den unmittelbaren Mitarbeitern. Aber Moral hat keinen Platz als praktizierter Gesichtspunkt der Unternehmensführung. Der Forscher bezweifelt, dass es Sinn macht, an die Moral einzelner Manager zu appellieren. Das schiene ihm ein völlig sinnloses Unterfangen. Veränderungen könnten nur durch Druck bewirkt werden, der sich ökonomisch auf Unternehmen auswirke. (Das sollten sich vielleicht die Gewerkschaften ins Stammbuch schreiben, die viel zu oft erst dann reagieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist).

Aber machen wir uns nichts vor. Die Herren Döpfner & Co. verstoßen ja nicht gegen Gesetze. Vielmehr verstehen sie es mit Hilfe ihrer juristischen Stäbe, die für den Laien völlig undurchschaubaren Steuer- und Aktiengesetze in ihrem Sinne anzuwenden. Ihr Handeln ist (jedenfalls meistens) völlig legal. Vielleicht ein wenig unmoralisch, aber wer schert sich drum. Wir gewöhnen uns allmählich an derartige Vorgänge. Die Ackermanns, Essers und wie sie auch immer heißen mögen, sie wuchern halt mit ihren Pfunden.

Von der Sozialverpflichtung des Eigentums, wie es das Grundgesetz fordert, ist kaum noch die Rede. Schließlich sind Döpfner & Co nicht einmal Eigentümer. Unsere obersten Verfassungsrichter haben sich vielmehr längst das neoliberale Dogma vom ausufernden Sozialstaat zu eigen gemacht. Auf der Politikseite (5) findet sich denn auch ein kleiner Absatz über die Eröffnungsrede des Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio anlässlich der 38. Richterwoche am Bundessozialgericht in Kassel. Di Fabio mahnt ein Umdenken im Verständnis des deutschen Sozialstaats an. Leitbild eines Staates, der für Bedürftige und Schwache eintrete, müsse der „tätige Mensch“ sein. Nur wenn Menschen arbeiteten und selbst für ihre Existenz sorgten, stünden sie nicht im Abseits. So einer unserer höchsten Verfassungsrichter. Nicht das Verfassungsgebot wird hier verteidigt, nein, dieser Richter sieht es offenbar als seine Aufgabe an, die Verfassung umzudefinieren und der Politik nach dem Maul zu reden. Dass Franz Müntefering auf der gleichen Veranstaltung die Hartz-IV-Reform und die Reformen zur Alterssicherung als „große Umbrüche“ feiert, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Leider aber hätten diese Reformen zu einer wahren Prozessflut geführt, weshalb die Sozialprozesse doch bitte sehr vereinfacht werden sollten (was immer das heißt). Nicht etwa Hartz IV verunsichere die Menschen – so könnte man seine Logik fortspinnen – nein, die überaus langen Prozesse in dessen Folge. Da bietet sich

doch ein einfaches Verfahren viel eher an: Die Abschaffung dieser ohnehin untauglichen Gesetze.

Nun wollen wir doch nicht versäumen, den klugen Ratschlag des Richters Di Fabio direkt an die Bedürftigen und Arbeitslosen weiter zu leiten. Über deren Situation berichtet meine Tageszeitung dankenswerter Weise auf Seite 28 am Beispiel Köln. Unter der Überschrift „Sprengstoff in allen Stadtteilen“ (ich assoziierte zunächst Terrorvorbereitungen) erfahren wir, dass 13 % der Menschen ohne staatliche Unterstützung ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Gleichzeitig gilt jedes vierte Kind in Köln als arm. Von den Kölnern unter 65 Jahren fielen 2005 fast 14,2 % unter die Regelungen der Hartz IV-Gesetze. Am stärksten betroffen sind Kinder: 227 von 1000 Kindern unter 15 Jahren wird Sozialgeld gezahlt, weil ihre Eltern Langzeitarbeitslose sind oder weniger verdienen als die Hartz IV-Bemessungsgrenze vorsieht. In vielen Stadtteilen gibt es eine Zunahme der Armut. Einige rutschen trotz anhaltender Bemühungen und Förderprogramme weiter ab. Im Stadtteil Chorweiler liegt die Arbeitslosenquote bei 30,9 %; in Kalk bei 27,8 % usw. Nur in den Wohnvierteln der Gutbetuchten – das sind die mit den hohen Mauern ums Haus – gibt es Quoten von 2,8 oder weniger als 6 % (ich wundere mich, dass es hier überhaupt Arbeitslose gibt. Es wird sich doch nicht etwa um Sozialschmarotzer handeln, um die sich einst der umtriebige Ex-Wirtschaftsminister Clement so sorgte!).

Auf der gleichen Seite berichtet der Pfarrer Franz Meurer über seinen verzweifelten Kampf gegen die zunehmende Armut und Verwahrlosung in seinem Viertel. Dass erst jetzt das Thema „Neue Unterschicht“ aufgekommen sei, wo doch schon 1999 ein Konzernchef die betroffenen Menschen als „Wohlstandsmüll“ bezeichnet habe. Sein Fazit lautet: „Viele verfallen in Hoffnungslosigkeit, in ein Leben mit der Einstellung, ist doch alles egal, ich kann es sowieso nicht ändern. Das ist doch furchtbar. Wir müssen die Menschen beteiligen, sonst verwahrlost die Gesellschaft. Die meisten wollen doch mitmachen, wenn sie eine Chance haben. Ich kenne Hartz IV-Leute, die Rotz und Wasser geweint haben, als sie mit ihrem Ein-Euro-Job aufhören mussten. Ich kenne Kinder, die sind verzweifelt, wenn sie auf die Hauptschule kommen. Jugendliche kommen zu mir und sagen: Ich brauche eine Ausbildungsstelle, sonst werde ich irgendwann zum Dieb. Wir haben fast 30 % Arbeitslose im Viertel. Da ist es doch klar, dass ich nur im Ausnahmefall jemanden vermitteln kann.“

Soweit der Pfarrer Meurer, der sich vor Ort seit Jahren engagiert und dafür zum „alternativen Ehrenbürger Kölns“ ernannt wurde. Vielleicht sollte der forsche Genosse Müntefering einmal vor dieser Klientel darlegen, warum er immer noch glaubt, das Prinzip „Fordern und Fördern“ könne irgendwann einmal funktionieren. Statt in der vornehmen Gesellschaft von Sozialrichtern untaugliche Reformen zu verteidigen. Den Herrn Di Fabio kann er bei der Gelegenheit gleich mitbringen. Die Leute würden sicher gern einmal

erfahren, wie man unter deren Existenzbedingungen zum „tätigen Menschen“ wird.

Das ist noch längst nicht alles, was meine Tageszeitung zu bieten hat. Dabei will ich nicht verschweigen, dass diese bei allem karitativen Engagement durchaus mit dem neoliberalen Kurs des Mainstreams unserer offiziösen Meinungsmacher übereinstimmt. Es kommt einem so vor, als würde einigen von ihnen schwanen, dass da Wunden entstehen, wo die Herrschenden hintreten.

Also: meine Zeitung hält es mit der Wohltätigkeit. Zuletzt haben die Leser der Zeitung 1,1 Millionen Euro für minderjährige Mütter und ihre Babys gespendet. Zur Zeit gibt es die Aktion „Wir helfen“. Durch den Ausbau von Familienzentren in sozialen Brennpunkten soll die Entwicklung armer Kinder gefördert werden. Immer wenn es auf Weihnachten zugeht, machen sich derartige Aktionen besonders gut. Benefiz-Galas mit Promis, Vereins- und Firmenfeste oder auch das Engagement vieler Einzelner – es wird gesammelt, was das Zeug hält. Manch einer verschafft sich auf diese Weise ein gutes Gewissen. Ein feiner Nebeneffekt in einer doch ansonsten so kalten Welt. Mich jedenfalls erwärmen derartige Aktionen Jahr für Jahr.

Mit der organisierten Gegenwehr gegen die Zumutungen, die unsere sog. Politiker- und Wirtschaftselite uns auferlegen, hat meine Zeitung es nicht so sehr. So berichtet sie relativ genüsslich über die „unbeliebten Gewerkschaften“, wie eine Meinungsumfrage von Emnid ergeben haben soll. Danach lehnen 63 % aller Deutschen (!?) die arbeitsmarktpolitischen Positionen der Gewerkschaften ab. Abgesehen davon, dass ich gar nicht gefragt worden bin (immerhin bin ich doch Deutscher), wundere ich mich, dass die Deutschen so genau über die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften informiert sind. (Aus eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen weiß ich, dass nicht einmal die Mitglieder der Gewerkschaften die Programme kennen). Auch wüsste ich gern, wer die Studie bezahlt hat und wie genau die Fragestellung lautete. Ganz sicher würde sich doch eine Mehrheit nicht für die Abschaffung des Kündigungsschutzes aussprechen – auch das weiß man aus vorliegenden Untersuchungen. Sehr zum Ärger der Herrschenden.
Also darüber erfahre ich in meiner Tageszeitung nichts. Wie überhaupt immer wieder unterstellt wird, die Menschen hätten zu allem eine eigene Meinung, wonach sie gefragt werden.

Immerhin aber erfahre ich aus meiner Zeitung dass sich 63 % der Fischarten im Rhein wieder wohl fühlen – 20 Jahre nach der Sandoz-Katastrophe. Sind die Fische etwa auch befragt worden?

Neben erfreulichen Ereignissen wie diesen dann wieder Berichte über den grauen

Politikalltag. Das Land NRW verkauft die Landesentwicklungsgesellschaft, eine der größten Immobiliengesellschaften in Deutschland. Von der Privatisierung erhofft sich das Land mehr als 2,5 Milliarden Euro. Natürlich keinerlei Nachteile für die 300.000 Mieter. Nur 2,5 % des Bestandes dürfen jährlich verkauft werden (immerhin 2.500 Wohnungen; macht in 10 Jahren 25.000). Die Investoren scheinen schon Schlange zu stehen.

Weitere Schlagzeilen: Die Gesundheitsreform vom Kabinett verabschiedet (gegen den Rat und Widerstand so ziemlich aller Beteiligten). Mithin: reiner Machterhalt.
Ebenso wird die Rente mit 67 durchgezogen. Kein Mensch weiß, was das bringen soll außer natürlich einer faktischen Rentenkürzung. Aber bei einer derart hohen Jugendarbeitslosigkeit werden sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt (ein Begriff, den man auch einmal überdenken sollte, es geht schließlich nicht um Obst und Gemüse) weiter verschärfen. Ungewollte Nebenwirkungen sind mithin programmiert – wie bei allen Reformen auch. Das kausale Denken eignet sich eben nicht für die Lösung komplexer Sachverhalte.

Was noch? Die Aktienkurse steigen. Herr Sinn vom Ifo-München vermeldet eine gute Stimmung in der Wirtschaft, die – da das Ifo jeden Monat etwas anderes berichtet – vom guten oder schlechten Wetter oder der Laune der Manager abzuhängen scheint. Also wir sehen: Hier wird Wissenschaft auf höchstem Niveau betrieben. (Ach würde der Herr Sinn doch einmal kundtun, in wessen Interesse er jetzt wieder weissagt).

Wir kommen nicht umhin, ihn vor das Weltgericht des Herrn Fewkoombey zu zitieren. Wer das ist? Nun, eine Figur aus Bert Brechts „Dreigroschenroman“ – einer genialen Studie über die Mechanismen und Machenschaften des Kapitalismus. Fewkoombey, einer der Verlierer, hat den Traum, Vorsitzender eines Weltgerichts zu sein, das herausfinden möchte, wie es kommt, dass es Arme und Reiche in der Gesellschaft gibt. Anders gesagt: wieso die einen mit ihrem Pfund wuchern und es vermehren, während die anderen sich kaputt arbeiten und im Elend landen. Brecht führt die 2000 Jahre alte Geschichte aus dem Matthäus-Evangelium (Matthäus 25, Ziffer 15 ff.) konsequent zu Ende. Jenes: Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden (Ziffer 29). Fewkoombey möchte präzise wissen, wie das funktioniert. Also lässt er alle aufmarschieren, die da profitiert haben sowie die Erniedrigten und Beleidigten. Ebenso die Pfaffen, die seit Jahrhunderten die Mär verbreiten, jeder sei mit einem Pfund ausgestattet worden, mit dem er zu wuchern habe. Wenn man so will, eine schon vor 2000 Jahren formulierte Grundthese des Neoliberalismus, wonach jeder seines Glückes Schmied ist.
Wie zu erwarten, gestaltet sich die Beweisführung schwierig. Viel Ideologie, ja Unwissen ist im Spiel. Die Tüchtigen sind tüchtig, weil sie eben tüchtig sind. Der Rest hat es nicht

verstanden, mit seinem Pfund zu wuchern. Lauter Tautologien also. Die 40 Bände der Britischen Enzyklopädie, die Fewkoombey aufmarschieren lässt, enthalten auch nicht des Rätsels Lösung. Das Kapital scheint sich aus sich selbst heraus zu vermehren (so wie die Kuh kalbt); die Arbeitskraft kann das von ihr Geschaffene nicht behalten, da es anderen gehört. Große Ideen, Organisationstalent, Leistungsbereitschaft – all das erklärt nicht die vorhandene soziale Ungleichheit, so sehr sich die Ideologen auch bemühen, darin die Ursache der Ungleichheit zu erblicken.

Schließlich kommt Fewkoombey dem Rätsel allmählich auf die Spur. Aber wie, das wird hier –es handelt sich schließlich um einen Wirtschafts-Krimi – nicht verraten. Also es hilft nichts: man muss schon bei Brecht selbst nachschauen und sollte überhaupt viel mehr Brecht lesen. Es muss ja nicht immer nur eine Tageszeitung sein!